Stadt Eschweiler
Der Bürgermeister
40 Schulen, Sport und Kultur

# Sitzungsvorlage

Vorlagen-Nummer **189/13** | 1

Datum: 5.6.2013

| Beratungsfolge | | | Sitzungsdatum | TOP |
|---|---|---|---|---|
| 1. Vorberatung | **Jugendhilfeausschuss** | öffentlich | 25.06.2013 | |
| 2. Vorberatung | **Schulausschuss** | öffentlich | 09.07.2013 | |
| 3. Beschlussfassung | **Stadtrat** | öffentlich | 17.07.2013 | |
| 4. | | | | |

**Appell zur Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes**

Beschlussentwurf:

Der als Anlage 1 der Verwaltungsvorlage beigefügte an die zuständigen Fachministerien des Bundes gerichtete Appell der Bürgermeister in der StädteRegion Aachen wird begrüßt. Die weiteren Ausführungen im Sachverhalt dazu werden zur Kenntnis genommen.

Die Stadt Eschweiler unterstützt mit einer wortgleichen Resolution nachhaltig den Appell der Bürgermeister in der StädteRegion Aachen zur Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Schul- und Jugendhilfeausschuss über die weitere Entwicklung in 2013 zu berichten.

J.V.

| A 14 - Rechnungsprüfungsamt<br>☒ gesehen ☐ vorgeprüft | Unterschriften | | |
|---|---|---|---|
| **1** | **2** | **3** | **4** |
| ☐ zugestimmt<br>☐ zur Kenntnis genommen<br>☐ abgelehnt<br>☐ zurückgestellt | ☐ zugestimmt<br>☐ zur Kenntnis genommen<br>☐ abgelehnt<br>☐ zurückgestellt | ☐ zugestimmt<br>☐ zur Kenntnis genommen<br>☐ abgelehnt<br>☐ zurückgestellt | ☐ zugestimmt<br>☐ zur Kenntnis genommen<br>☐ abgelehnt<br>☐ zurückgestellt |
| **Abstimmungsergebnis** | **Abstimmungsergebnis** | **Abstimmungsergebnis** | **Abstimmungsergebnis** |
| ☐ einstimmig | ☐ einstimmig | ☐ einstimmig | ☐ einstimmig |
| ☐ ja | ☐ ja | ☐ ja | ☐ ja |
| ☐ nein | ☐ nein | ☐ nein | ☐ nein |
| ☐ Enthaltung | ☐ Enthaltung | ☐ Enthaltung | ☐ Enthaltung |

**Sachverhalt**

Zuletzt wurden dem Schul- und Jugendhilfeausschuss in einer gemeinsamen Sitzung am 20.6.2012 mit der Verwaltungsvorlage Nr. 200/12 ein Erfahrungsbericht über den Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen in städt. Schulen zur Kenntnis gegeben.

Wie dem Sachverhalt zu entnehmen war, wurden alle 11 Grundschulen jeweils mit einer halben Stelle für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bedacht. Bis auf die in der Barbaraschule und der KGS Röthgen eingesetzte Frau Winkelhahn, die aufgrund eines lukrativeren (unbefristeten) Angebotes eine andere Stelle angetreten hat, sind noch alle Stellen mit den gleichen Personen besetzt. Für die beiden vakanten Stellen wird zurzeit eine Nachfolgeregelung gesucht.

Wenngleich, wie in der o.a. Verwaltungsvorlage beschrieben, die Zuschussbewilligung bis 2013 (36 Monate) befristet ist, kann eine Weiterbeschäftigung bis zum Schuljahresende 2013/14 in allen Schulen sichergestellt werden, weil die Einstellung teilweise erst zum Ende des Jahres 2011 erfolgen konnten. Dennoch ist zurzeit noch ungewiss, wie es nach Ablauf der 36 Monate des Bewilligungszeitraumes weitergeht. Wie bereits in der o.g. Ausschusssitzung vielfach zum Ausdruck kam, leisten die eingesetzten Schulsozialarbeiter an unseren Grundschulen einen spürbaren und nachhaltigen Beitrag zum Bildungserfolg und sozialen Integration. Sie stellen eine inzwischen unverzichtbare Unterstützung für die Schulleitung und Klassenlehrerinnen und –lehrer dar und entlasten diese in spürbarem Umfang.

Vor diesem Hintergrund haben alle Bürgermeister aller Kommunen in der Städte Region auf der Grundlage des Beschlusses der Bürgermeisterkonferenz vom 5.3.2013 den als **Anlage 1** beigefügten Appell zur Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes an die zuständigen Ministerien des Bundes formuliert. Die StädteRegion sandte den Appell an folgende Minsterien bzw. Stellen:

- die Ministerien für Arbeit, Integration und Soziales, für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport sowie für Schule und Weiterbildung des Landes NRW
- den Landkreistag, den Städtetag und den Städte- und Gemeindebund NRW
- die Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie des Landtages NRW aus der StädteRegion Aachen.

Bis zur Sitzung des Städteregionstages am 11.4.2013 haben zwei Ministerien zu dem Appell Stellung genommen. Nähere Ausführungen dazu und der daraufhin erfolgte Beschluss des Städteregionstages sind dem als **Anlage 2** beigefügten Schreiben der StädteRegion vom 19.4.2013 zu entnehmen.

Mit dem als **Anlage 3** beigefügten Schreiben der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.5.2013 wird darum gebeten, den Appell als ordentlichen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.6.13, des Schulausschusses am 9.7.13 und der Sitzung des Stadtrates am 17.7.13 aufzunehmen.

Die Verwaltung empfiehlt, dass auch der Rat der Stadt Eschweiler mit einer wortgleichen Resolution den Appell der Bürgermeister unterstützt.

**Haushaltsrechtliche Betrachtung**:

Die Verausgabung der unter Sachkonto 41420300, Produkt 032430101 verbuchten Zuschüsse des Bundes von jährlich 376.300 Euro erfolgt unter Sachkonto 52910000 „Aufwendungen für sonstige Sachleistungen".

ANLAGEN

Anlage 1

# Appell
# zur Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes

Zur Förderung der Teilhabe an Bildung und der gesellschaftlichen Partizipation hat die Bundesregierung 2011 einen Maßnahmekatalog beschlossen, der unter anderem Schulsozialarbeit vor Ort vorsieht.

Es hat sich in kurzer Zeit gezeigt, dass die durch die Bereitstellung von Bundesmitteln ermöglichte zusätzliche Schulsozialarbeit

- durch Schüler und Lehrer rege und lösungsorientiert in Anspruch genommen wird,
- eine wichtige Brückenfunktion an der Nahtstelle von Bildung und familiärer Erziehung einnimmt,
- einen spürbaren Beitrag zum Bildungserfolg und erfolgreichen Schulkarrieren der Kinder und Jugendlichen leistet,
- wichtige Aufklärungsarbeit und Hilfestellung bei der Beantragung der Einzelhilfe aus dem BuT leistet,
- bereits im Vorfeld von möglichen Hilfen zur Erziehung/Eingliederungshilfen deeskalierend wirkt bzw. notwendige Hilfsangebote im Rahmen der Hilfen zur Erziehung/Eingliederungshilfen unterstützt und ihre Wirksamkeit verstärkt,
- an der Schnittstelle im Übergang von Schule und Beruf die Integration junger Menschen in das Arbeitsleben intensiv fördert und Barrieren abbaut.

Die Unterzeichner appellieren an die zuständigen Fachministerien des Bundes, über den 31.12.2013 hinaus die Förderung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes verlässlich im bisherigen Umfang fortzusetzen und damit Rahmenbedingungen zu schaffen, um

- dauerhaft die Teilhabe und gesellschaftliche Integration durch Bildung zu verbessern,
- vor Ort verlässlich wirtschaftlicher Armut zu begegnen und insbesondere Bildungsarmut und sozialer Exklusion vorzubeugen,
- eng vernetzt die Ressourcen familiärer, schulischer und beruflicher Bildung zu nutzen und den individuellen Bildungserfolg der jungen Menschen zu fördern,
- verstärkt in Schule die arbeitsmarktliche und gesellschaftliche Integration durch Bildung zu fördern.

Aachen, den 05. März 2013

*Marcel Philipp*
Stadt Aachen

*Helmut Etschenberg*
StädteRegion Aachen

*Alfred Sonders*
Stadt Alsdorf

*Prof. Willi Linkens*
Stadt Baesweiler

*Rudi Bertram*
Stadt Eschweiler

*Christoph von den Driesch*
Stadt Herzogenrath

*Margareta Ritter*
Stadt Monschau

*Manfred Eis*
Gemeinde Roetgen

*Karl-Heinz Hermanns*
Gemeinde Simmerath

*Ferdinand Gatzweiler*
Stadt Stolberg

*Arno Nelles*
Stadt Würselen

Anlage 2
Seite 1

**StädteRegion Aachen**

Bürgermeister der Stadt Eschweiler
Eing.: 23. APR. 2013

StädteRegion · Aachen · Postfach 500451 · 52088 Aachen

Herrn Bürgermeister
Rudi Bertram
Stadt Eschweiler
Postfach 13 28
52233 Eschweiler

I/B

**Der Städteregionsrat**

A 51
Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung

Dienstgebäude
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon Zentrale
0241 / 5198 - 0

Telefon Durchwahl

Telefax

E-Mail

Auskunft erteilt

Zimmer

Aktenzeichen
(bitte immer angeben)

Datum
19.04.2013

**Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes;**
**hier: Antwortschreiben des Ministers für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Sehr geehrter Herr Bertram,

nach dem Beschluss der Bürgermeister-Konferenz vom 05.03.2013 und der Unterzeichnung des **„Appells zur Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes“** hat die StädteRegion Aachen den Appell an die Bundesministerien für Arbeit und Soziales, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Bildung und Forschung gesandt.

Mit der Bitte um Unterstützung wurde der Appell an
- die Ministerien für Arbeit, Integration und Soziales, für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport sowie für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
- den Landkreistag, den Städtetag und den Städte- und Gemeindebund NRW
- die Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie des Landtages NRW aus der StädteRegion Aachen

weitergeleitet.

Bis zur Sitzung des Städteregionstages am 11.04.2013 haben zwei Ministerien zu dem Appell Stellung genommen. Der Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW teilt mit, dass die Landesregierung unter Federführung seines Ministeriums das Anliegen unterstützt und gerade an einer Bundesratsinitiative zur Weiterförderung der Schulsozialarbeit durch den Bund über das Jahr 2013 hinaus arbeitet (Anlage).

Telefax Zentrale
0241 / 53 31 90

Bürgertelefon
0800 / 5198 000

Internet
http://www.staedteregion-aachen.de

Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00
Konto 304 204
SWIFT AACSDE 33
IBAN DE2139050000 0000304204

Postgirokonto
BLZ 370 100 50
Konto 1029 86-508 Köln
SWIFT PBNKDEFF
IBAN DE5237010050 0102986508

Erreichbarkeit
Buslinien 1, 3, 7, 11, 13, 14, 21, 27, 33, 34, 37, 46, 56, 57, 77, 163 bis Haltestelle Normaluhr.
Ca. 5 Minuten Fußweg vom Hauptbahnhof.

StädteRegion Aachen

Demgegenüber teilt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit, dass sie sich aufgrund verfassungsrechtlicher Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern nicht in der Lage sieht, das Anliegen aktiv zu unterstützen (Anlage).

Beide Schreiben sind im Vorfeld der Beratung im Städteregionstag den Fraktionen ergänzend zur Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

Unter Berücksichtigung dieser Schreiben wurde der ursprüngliche Beschluss mit den Ziffern:

1. Er begrüßt den der Sitzungsvorlagen-Nr.: 2013/0097 beigefügten „Appell zur Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets".
2. Er unterstützt die Initiative des Städteregionsrates und der Ober-/Bürgermeister aller Kommunen aus der StädteRegion Aachen zur weiteren, verlässlichen Mittelzuweisung als unabdingbare Verpflichtung aus einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für Bildung und Teilhabe in Deutschland.
3. Er beauftragt die Verwaltung, dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss über die weitere Entwicklung in 2013 zu berichten.
4. Er nimmt zur Kenntnis, dass der Appell zwischenzeitlich an die auf Seite 3 der Vorlage genannten Adressen weitergeleitet wurde und zusätzlich das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW in den Verteiler aufgenommen wurden.

um die nachfolgenden Ziffern wie folgt ergänzt:

5. Er nimmt zur Kenntnis und unterstützt, dass die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales gerade an einer Bundesratsinitiative zur Weiterführung der Schulsozialarbeit durch den Bund über das Jahr 2013 hinaus arbeitet.
6. Er nimmt darüber hinaus zur Kenntnis, dass sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern nicht in der Lage sieht, das Anliegen aktiv zu unterstützen.

Der Städteregionstag hat allerdings deutlich seine Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass Schulsozialarbeit an Schulen notwendig sei und fortgesetzt werden müsse.

Anlage 2
Seite 3

StädteRegion
Aachen

Weitere in den letzten Tagen eingegangene Stellungnahmen sind Ihnen bereits per Mail zugeleitet worden.

Über die weitere Entwicklung zu diesem Thema werde ich Sie zeitnah informieren.

Mit freundlichen Grüßen

(Etschenberg)
Städteregionsrat

**Anlagen**

Anlage 2
Seite 4

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

0 S2T

**Dr. Kristina Schröder, MdB**
Bundesministerin

HAUSANSCHRIFT Glinkastraße 24, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11018 Berlin

TEL +49 (0)30 20655-1000
FAX +49 (0)30 20655-4100
E-MAIL mb@bmfsfj.bund.de
INTERNET www.bmfsfj.de

ORT, DATUM Berlin, den 10. APR. 2013

Herrn
Helmut Etschenberg
Städteregionsrat
der StädteRegion Aachen
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Städteregionsrat
Eingang am
11. April 2013

+ | R. | Eilt

1/4

Sehr geehrter Herr Etschenberg,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13. März 2013 zur Finanzierung der Schulsozialarbeit in der Region Aachen.

Ich kann nachvollziehen, dass Sie aufgrund der positiven Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit im Raum Aachen diese Arbeit fortsetzen möchten und eine dauerhafte Finanzierung von Sozialarbeiterstellen anstreben. Hierzu ist der Bund jedoch aufgrund der verfassungsrechtlichen Kompetenzordnung nicht befugt. Schulsozialarbeit ist integraler Bestandteil der Bildungspolitik. Die verfassungsrechtliche Zuständigkeit auf dem Gebiet der allgemeinen Bildung und des Schulwesens liegt ebenso bei den Ländern wie die Zuständigkeit für die Jugendsozialarbeit. Ich empfehle Ihnen deshalb, sich mit Ihrem Anliegen direkt an das zuständige Landesministerium zu wenden.

Die von Ihnen angesprochene zeitlich befristete Anschubfinanzierung war seinerzeit im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Bildungs- und Teilhabepaket (SGB II) Gegenstand der Beratungen im Vermittlungsausschuss.

In dem Kontext wurde vereinbart, dass der Bund die Kommunen in den Jahren 2011 bis 2013 zusätzlich in Höhe von 400 Mio. Euro jährlich entlastet. Diese Summe können die Länder bzw. Kommunen eigenverantwortlich für Schulsozialarbeit oder auch außerschulisches

Anlage 2
Seite 5



Mittagessen einsetzen. Die zeitliche Befristung auf 3 Jahre ist vor dem Hintergrund der Stärkung der Finanzkraft der Kommune an anderer Stelle (zum Beispiel Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit durch den Bund, zusätzliche Mittel für Kita-Ausbau) zu sehen.

Eine bundesgesetzliche Verpflichtung zur Finanzierung der Schulsozialarbeit gibt es aus den oben genannten verfassungsrechtlichen Gründen jedoch nicht, eine weitergehende Entlastung über den bereits erfolgten Zuschuss ist daher leider nicht möglich.

Gern können Sie mich darüber informieren, wie die Landesbehörden mit der ihnen zugewiesenen Zuständigkeit umgehen.

Mit freundlichen Grüßen

Veit Scholz

Anlage 2
Seite 6

A 51
Amt für Kinder, Jugend
und Familienberatung
Eing. 09. April 2013
R | + | Dez.

Der Ministerin

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Datum: . März 2013


StädteRegion Aachen
Herrn
Helmut Etschenberg
Postfach 500 451
52088 Aachen

Städteregionsrat
Eingang am:
05. April 2013
+ | R | Eilt

Aktenzeichen II B 4-1269.1/E
bei Antwort bitte angeben

Herr Zielonka
Telefon 0211 855-3365
Telefax 0211 855-3359

Ca 10.4

**Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets**
Ihr Schreiben vom 13.03.2013

Sehr geehrter Herr Etschenberg,

vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie um Berücksichtigung der Resolution des Rates zum Thema Schulsozialarbeit bitten.

Der Appell zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund wird von mir nachdrücklich unterstützt. Im Zuge der Einführung und Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes wurde ein Betrag von ca. 400 Mio. € pro Jahr vom Bund bundesweit zur Verfügung gestellt, um die soziale Teilhabe auch im Bereich der Schule im Sinne einer Gewährleistung des sozioökonomischen Existenzminimums durch Schulsozialarbeit zu sichern. Der Bund kommt auch in Beachtung der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts damit seiner erhöhten Verantwortung zur Gewährleistung dieses Grundrechts nach. Zur Weiterfinanzierung von Schulsozialarbeit oder sonstigen Projekten im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die den Zugang von Kindern und Jugendlichen zur Leistung des Bildungs- und Teilhabepaketes sicherstellen, ist eine Entfristung dieser Bundesfinanzierung erforderlich.

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Fürstenwall 25,
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 855-5
Telefax 0211 855-3683
poststelle@mais.nrw.de
www.mais.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien 704, 709
Haltestelle: Stadttor
Rheinbahn Linien 719, 725
Haltestelle: Polizeipräsidium

Anlage 2
Seite 7



Ich kann Ihnen darüber hinaus mitteilen, dass die Landesregierung unter der Federführung meines Hauses gerade an einer Bundesratsinitiative zur Weiterförderung der Schulsozialarbeit durch den Bund über das Jahr 2013 hinaus arbeitet.

Mit freundlichen Grüßen

Guntram Schneider

Anlage 3

Bürgermeister der Stadt Eschweiler
Eing.: 27. MAI 2013

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler - Johannes-Rau-Platz 1 - 52249 Eschweiler

An
Stadt Eschweiler
Bürgermeister Rudi Bertram
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler

Anfrage

I/27/40

**SPD-Fraktion**
**im Rat der Stadt Eschweiler**
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler
Telefon 02403 / 71 - 408
Telefax 02403 / 71 - 514
spd-fraktion@eschweiler.de
www.spd-eschweiler.de
Sparkasse Aachen
Konto-Nr. 2250306
BLZ 390 500 00

## Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit

Eschweiler, 22. Mai 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

die Bundesmittel für die Finanzierung der Schulsozialarbeit sollen nur bis zum Ende des Jahres 2013 gewährt werden. Die Tätigkeit der Schulsozialarbeiter ist ein ganz wesentlicher Garant für die erfolgreiche, breit angelegte soziale Teilhabe der jungen Menschen sowie der Realisierung von Förderangeboten unterschiedlichster Art und damit der Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums der Kinder und Jugendlichen.

Die Verwaltungschefs der StädteRegion haben zur Fortführung der Schulsozialarbeit den als Anlage beigefügten Appell erlassen. Die Eschweiler Kommunalpolitik unterstützt mit einer wortgleichen Resolution nachhaltig den Appell der Verwaltungschefs und fordert die zügige Entscheidung auf Bundesebene.

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler bittet den „Appell zur Fortführung der Schulsozialarbeit" als ordentlichen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.06.2013, des Schulausschusses am 09.07.2013 und der Sitzung des Stadtrates am 17.07.2013 aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Gehlen
Fraktionsvorsitzender

Anlage - Siehe Anlage 1



Vorsitzender:
Leo Gehlen
Am Steinacker 9
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 54401

Geschäftsführerin:
Nicole Dickmeis
Pützlohner Straße 4
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 979855